

Empfehlungen
des Berliner Beirats für Familienfragen
zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf
in Berlin

I. Vorbemerkung

Der Berliner Beirat für Familienfragen ist vom Senat beauftragt, bis zum Jahr 2010 den nächsten Familienbericht für das Land Berlin zu erstellen. Der Beirat hat sechs Themen zum Schwerpunkt des Berichts erklärt: Weiterentwicklung der familienbezogenen Infrastruktur, Bildung, familienfreundliche Regionen und Stadtquartiere, Armut in Familien, Integration und schließlich das Thema, wie Beruf und Familie besser miteinander in Einklang gebracht werden können.

Im August 2008 hat der Berliner Beirat für Familienfragen das Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) beauftragt, eine Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zum Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf *im Lebensverlauf von Familien* in Berlin“ durchzuführen¹. SowiTra hat die Untersuchung im November 2008 vorgelegt. Ziel war es, den Handlungsbedarf bei der Vereinbarkeit zwischen Erwerbstätigkeit und Kindererziehung, Familienaufgaben und der Pflege von Angehörigen aufzudecken und Handlungsempfehlungen abzuleiten.

Der Familienbeirat hat daraus vier Handlungsfelder (Arbeitswelt, Kindertagesbetreuung, Informationsangebote, Datenlage) identifiziert, zu denen er konkrete Empfehlungen für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Berlin formuliert. Den Empfehlungen liegt ein geschlechtergerechtes Leitbild von Vereinbarkeit zugrunde. Maßnahmen sollen stets das Ziel haben, Frauen und Männer gleichermaßen und partnerschaftlich an einer gelingenden Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu beteiligen.

Die Empfehlungen richten sich an Politik, Verwaltung des Landes Berlin, Wirtschaft, Träger und Einrichtungen, die Angebote und Informationen im Rahmen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zur Verfügung stellen.

II. Handlungsfelder

1. Arbeitswelt

Vor dem Hintergrund der allgemein ansteigenden Frauen- und Müttererwerbstätigkeit, des demografischen Wandels und der notwendigen Fachkräftesicherung in einigen Branchen

¹ SowiTra: Bestandsaufnahme und Bedarfsanalyse zum Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf im Lebensverlauf von Familien in Berlin. Berlin 2008.

werden die Bedingungen für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Berlin auch zunehmend auf betrieblicher Ebene im Rahmen einer familienbewussten oder demografie-sensiblen Personalpolitik thematisiert.

Das Engagement der Berliner Arbeitgeber für eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ihrer Beschäftigten ist in den letzten Jahren, insbesondere in den Großunternehmen, stetig angestiegen. Sie begreifen Familienfreundlichkeit als Standortfaktor und gestalten ihre betrieblichen Rahmenbedingungen zunehmend familienfreundlich². Parallel legen immer mehr Arbeitnehmer/innen bei der Auswahl ihres Arbeitgebers Wert auf eine gute Vereinbarkeit³.

Der Berliner Familienbeirat begrüßt daher insbesondere das Engagement der Berliner Unternehmen, die sich im Rahmen des Audit „berufundfamilie“ zertifiziert haben, durch Bezirkswettbewerbe als familienfreundliche Betriebe ausgezeichnet worden sind oder sich im Unternehmensnetzwerk „Erfolgsfaktor Familie“ engagieren.

Das IAB Betriebspanel zeigt aber auch, dass im Jahr 2005 gerade einmal ein Prozent aller Unternehmen in Berlin über eine Betriebsvereinbarung zum Thema Vereinbarkeitsförderung oder Chancengleichheit von Männer und Frauen verfügt⁴. Der Berliner Beirat für Familienfragen sieht die insbesondere in den letzten zwei, drei Jahren erkennbaren Bemühungen um eine verstärkt familienorientierte Personalpolitik. Er bedauert jedoch, dass die betriebliche Familienpolitik vor allem in den Klein- und mittelständischen Unternehmen sowie in der Verwaltung des Landes Berlin noch hinter ihren Möglichkeiten zurück bleibt. Die zum Teil existierende Zurückhaltung betrieblichen Engagements dürfte ihre Ursachen vor allem in den zum Teil schwierigen Bedingungen für klein- und mittelständische Unternehmen, in den guten Infrastrukturangeboten, insbesondere bei der Kindertagesbetreuung, wie auch in der starken Arbeitsplatznachfrage in Berlin haben. Gleichzeitig fehlt bei den kleinen und mittleren Unternehmen Praxis und Kenntnis über passgenaue Umsetzungsmöglichkeiten einer familienbewussten Personalpolitik.

Dort wo Unternehmen hingegen betriebliche Familienpolitik umsetzen, existieren ganz überwiegend Regelungen zur flexiblen Arbeitszeit und zur Kinderbetreuung. Der Berliner Familienbeirat empfiehlt daher grundsätzlich im Rahmen von geeigneten Maßnahmen, wie zum Beispiel Kampagnen, Informationsveranstaltungen oder der Initiierung eines Landeswettbewerbes „Familienfreundlichster Betrieb Berlin“, die verschiedenen Formen betrieblicher Familienpolitik, wie z.B. Job-Sharing, Telearbeit, Sabbaticals, Wiedereinstiegsprogramme, Weiterbildungsprogramme in der Elternzeit oder Väterförderung stärker in das Bewusstsein der

² Vgl. SowiTra, Seite 108 ff.

³ Vgl. Ergebnisse der repräsentativen Befragung „Familienfreundlichkeit als Erfolgsfaktor für die Rekrutierung und Bindung von Fachkräften“. Berlin 2008.

⁴ IAB Betriebspanel. Studie im Auftrag der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen. Berlin 2005.

Arbeitgeber, Personalverantwortlichen und Betriebsräte zu rücken und diese für familienfreundliche Arbeitsgestaltungen zu gewinnen.

Besonderen Handlungsbedarf sieht der Beirat in den nachstehenden Themenfeldern⁵:

Arbeitgeber verstärkt für das Thema Pflege sensibilisieren

Die ganz überwiegende Anzahl von Initiativen familienbewusster Unternehmen bezieht sich vor allem auf die Belange von Müttern und Vätern mit Kleinkindern. Wichtig für eine familienbewusste Personalpolitik ist jedoch die Einbeziehung aller Komponenten der Vereinbarkeitsproblematik. Aufgrund der demografischen Entwicklung ist es bereits heute notwendig, die betriebliche Personalpolitik auf das Thema Pflege und Erwerbstätigkeit sowie Unterstützung pflegender bzw. betreuender Angehöriger zu erweitern. Eine steigende Zahl von Beschäftigten steht vor der Herausforderung, gleichzeitig ihre Berufstätigkeit und die Pflege und Betreuung von älteren Angehörigen zu bewältigen. Hiervon sind insbesondere Vollzeit-Erwerbstätige und allein Erziehende betroffen.

Der Berliner Beirat für Familienfragen empfiehlt, geeignete Initiativen zu ergreifen, die das Thema Erwerbstätigkeit, Altern und Pflege stärker in den Blickpunkt des öffentlichen Interesses rücken. So sollte bspw. das Thema im Rahmen des vom Senat erarbeiteten Demografie-Konzepts für Berlin verstärkt als Handlungsfeld familienbewusster bzw. demografiesensibler Personalpolitik hervorgehoben werden.

Berlin als Arbeitgeber hat Vorbildfunktion

Dem Land Berlin kommt bei der Gestaltung guter Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine doppelte Akteursrolle zu. Berlin ist selbst Arbeitgeber und kann zur Förderung der Vereinbarkeit für seine Beschäftigten Maßnahmen familienbewusster Personalpolitik implementieren.

Der Berliner Familienbeirat begrüßt ausdrücklich, dass sich die Senatsverwaltung für Inneres und Sport zusammen mit dem Landesverwaltungsamt Berlin zu Beginn des Jahres 2009 entschlossen haben, sich dem Prozess der Auditierung im Kontext von Beruf und Familie zu unterziehen. Der Familienbeirat stellt aber mit Bedauern fest, dass sich bisher insgesamt weder Senats- noch Bezirksverwaltungen durch explizite Maßnahmen einer familienorientierten Personalpolitik hervorgetan haben. Der Berliner Familienbeirat verweist auf nachahmenswerte Initiativen im öffentlichen Dienst⁶ und fordert den Senat auf, am Bedarf der Beschäftigten orientierte Maßnahmen einer familienorientierten Personalpolitik umzusetzen.

⁵ Die Reihenfolge der Empfehlungen stellt keine Prioritätensetzung dar.

⁶ Berliner Stadtreinigungsbetriebe AöR, Kammergerichtsbezirk Berlin, das Bundeskanzleramt, das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend oder das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, die zum Beispiel mit dem Audit „berufundfamilie“ der gemeinnützigen Hertiestiftung zertifiziert worden sind.

Arbeitsmarktinstrumente stärker auf die Belange von (allein Erziehenden) Eltern ausrichten

Die Jobcenter sind zentrale Akteure auf dem Berliner Arbeitsmarkt. Nach § 8 SGB III sollen die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung in ihrer zeitlichen, inhaltlichen und organisatorischen Ausgestaltung die Lebensverhältnisse von Frauen und Männern berücksichtigen, die aufsichtsbedürftige Kinder betreuen und erziehen oder pflegebedürftige Angehörige betreuen oder nach diesen Zeiten wieder in die Erwerbstätigkeit zurückkehren wollen.

Einige Berliner Jobcenter⁷ nehmen sich dieser Problematik bereits an. Vor dem Hintergrund der hohen Zahl allein Erziehender (33 Prozent aller Berliner Familien mit Kindern unter 18 Jahren sind Ein-Eltern-Familien⁸) und dem hohen Anteil von allein Erziehenden im ALG II-Bezug ist es notwendig:

- die Integration von allein Erziehenden in den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt in besonderem Maß mit sozial flankierenden Leistungen im Sinne des § 16 a SGB II zu verzahnen⁹,
- den „persönlichen Ansprechpartner“ nach dem SGB II für die spezifische Situation von allein Erziehenden und Berufsrückkehrer/innen zu schulen und
- Teilzeitqualifizierung und qualifizierte Teilzeitbeschäftigung zu fördern¹⁰.

Berlin als familienfreundlichen Hochschulstandort stärken

Berlin führt mit einem Anteil von 9 Prozent der Studierenden mit Kind die bundesweite Statistik an¹¹. Die Berliner Hochschulen haben darauf reagiert und zeigen großes Engagement in punkto Familienfreundlichkeit und Vereinbarkeitsförderung. So wurden die Freie Universität, die Technische Fachhochschule, die Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik "Alice Salomon" und die Charité Universitätsklinik für ihre Familienfreundlichkeit ausgezeichnet¹².

Der Berliner Beirat für Familienfragen fordert den Senat auf, die Studierenden mit Kind und die Hochschulen in ihrem Engagement bei der Vereinbarkeit von Studium und Familie aktiv zu unterstützen. Um studierenden Eltern wie auch den Nachwuchswissenschaftler/innen und Hochschullehrer/innen die Vereinbarkeit von Studium und Familie bzw. wissenschaftlicher

⁷ SowiTra, S. 138 ff.

⁸ Die Daten entstammen der Sonderauswertung des Mikrozensus 2007 durch das Amt für Statistik Berlin-Brandenburg.

⁹ Zur Verwirklichung einer ganzheitlichen und umfassenden Betreuung und Unterstützung bei der Eingliederung in Arbeit können die folgenden Leistungen, die für die Eingliederung des erwerbsfähigen Hilfebedürftigen in das Erwerbsleben erforderlich sind, erbracht werden: die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder die häusliche Pflege von Angehörigen, die Schuldnerberatung, die psychosoziale Betreuung, die Suchtberatung.

¹⁰ Zum Gesamtkomplex s.a.: „Handlungsempfehlungen des Deutschen Vereins zur Förderung allein Erziehender im Rahmen des SGB II“. Berlin 2006.

¹¹ 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerkes „Studieren mit Kind“. Regionalauswertung Berlin. 2008

¹² SowiTra, S. 131 ff.

Karriere und Familiengründung zu erleichtern, sind zum Beispiel die vollständige Anerkennung eines Teilzeitstudiums oder Wiedereinstiegsprogramme nach der Elternzeit nötig.

2. Kindertagesbetreuung

Die Gestaltung und Absicherung einer verlässlichen und qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung ist ein Grundpfeiler der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Insbesondere der quantitative Aspekt ist in Berlin seit Jahren fest verankert und nimmt mit seinen vielfältigen Angeboten der Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sowohl im bundesweiten Vergleich als auch im Rahmen der Zielerfüllung der Lissabon-Strategie auf europäischer Ebene einen Spitzenplatz ein. Der Berliner Beirat für Familienfragen begrüßt dieses seit Jahren bestehende Engagement ausdrücklich und macht deutlich, dass es im Kontext der Vereinbarkeit grundsätzlich nur um eine punktuelle Weiterentwicklung bzw. anschlussfähigere Zusammenarbeit zwischen bestehenden Angeboten geht. Neben den folgenden konkreten Empfehlungen spricht sich der Beirat grundsätzlich für eine Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen zu Dienstleistungszentren aus, die den gesetzlichen Auftrag von Bildung, Betreuung und Erziehung neu in den Blick nehmen und sich als Teil der örtlichen Infrastruktur für Familien weiterentwickeln.

Kinderbetreuung in den Randzeiten stärker in den Blick nehmen

Die Expert/innen in Berlin sind sich seit Jahren uneins darüber, welcher Bedarf an Kinderbetreuung in den sog. Randzeiten¹³ tatsächlich besteht. Eltern wünschen sich jedoch häufig ein flexibleres Angebot außerhalb der Regelöffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen bzw. ein besseres Zusammenspiel zwischen Kita und ergänzender Tagespflege. Dem Berliner Familienbeirat ist bewusst, dass das System der Kindertagesbetreuung nicht jedem individuellen Bedarf von Eltern entsprechen kann, allerdings nimmt er zur Kenntnis, dass das Thema „flexible Kindertagesbetreuung“ für eine gelingende Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch in Berlin relevant ist. Der Berliner Familienbeirat fordert die betroffenen Akteure, wie die Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, die Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Frauen, die Jugendämter sowie die Träger von Angeboten der Kindertagesbetreuung auf, den Bedarf zu ermitteln und sicherzustellen, dass in den Beratungsgesprächen mit den Eltern, auf Angebote flexibler Kinderbetreuung hingewiesen und diese auch aktiv vermittelt werden.

¹³ Unter Angebote in Randzeiten werden solche außerhalb der Regelöffnungszeiten von Kindertageseinrichtungen, an Wochenenden und in Notfällen (z.B. Krankheitsfall) verstanden.

Übergänge in der täglichen Betreuung verbessern

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass immer wieder Vereinbarkeitsprobleme aufgrund einer unzureichenden Verzahnung von Regelbetreuung und ergänzender Betreuung auftreten.

Der Berliner Beirat für Familienfragen empfiehlt daher, die verschiedenen Kinderbetreuungsformen besser miteinander zu vernetzen. So könnten bspw. die Kindertageseinrichtungen enger mit der ergänzenden Tagespflege verzahnt werden, um eine reibungslose Betreuungskette zu gewährleisten.

Schließlich ist erforderlich, dass eine Anpassung des Regelverfahrens geprüft wird, um auf den Bedarf einer individuellen Betreuung außerhalb der Regelzeiten zu reagieren, bspw. durch höhere Zuschläge für die Betreuung außerhalb der Regelzeiten in der Tagespflege und/oder durch Ausbau, Verstetigung von Angeboten, die derzeit durch gemeinnützige Projekte angeboten werden, sowie über praxistaugliche Handreichungen, wie ein besseres Zusammenspiel der verschiedenen Betreuungsformen erfolgen kann.

Übergang von Kita zur Schule abfedern

Der Übergang von der Kindertageseinrichtung zur Schule ist in Berlin auf formaler Ebene sehr gut gelöst, denn formal entstehen in dieser Phase keine Betreuungslücken. In der gelebten Praxis betragen diese Lücken aus verschiedenen Gründen aber meist mehrere Wochen. Hier gilt es, die Lücke zwischen Anspruch und Realität zu schließen und Ideen zu entwickeln, wie dieser Übergang inhaltlich und zeitlich für Eltern und Kinder besser gestaltet werden kann.

Über Ferienangebote für Schulkinder zentral informieren

Fast alle Eltern kennen das Problem der Ferienbetreuung. Denn die Dauer der Schulferienzeiten übersteigt die Dauer des zur Verfügung stehenden Jahresurlaubs einer erwerbstätigen Person in der Regel um Einiges. Um diesen Zeitkonflikten auf Seiten der Eltern entgegen zu kommen, ist ein ausreichendes Angebot an Ferienbetreuungsangeboten erforderlich. Angesichts der angespannten Haushaltsslage in Berlin ist nach Ansicht des Berliner Beirats für Familienfragen ein erster gangbarer Schritt, bestehende Ferienangebote besser in der Öffentlichkeit bekannt zu machen, betriebliche Ferienangebote¹⁴ als Verbundlösungen zu vernetzen und zu koordinieren. Der Familienbeirat schlägt in diesem Zusammenhang vor, eine zentrale Feriendatenbank¹⁵ einzurichten, in der die Anbieter ihre Angebote einstellen, Eltern ihren Bedarf eingeben und sich über Angebote informieren können.

¹⁴ Vgl. SowiTra, S. 120 f: Sommerferienangebote des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) für Mitarbeiterkinder in den Sommerferien.

¹⁵ Vgl. dazu Nr. 3 der Empfehlungen.

3. Information und Kommunikation von Angeboten für Eltern, Unternehmen und Träger verbessern

Sowohl die Untersuchungen von SowiTra als auch die Auswertung des vom Berliner Familienbeirat initiierten Online-Dialogs „Zusammenleben in Berlin“¹⁶ im Herbst 2008 zeigen, dass sich viele Eltern nicht ausreichend über familienbezogene Leistungen, Angebote und Maßnahmen in der Stadt informiert fühlen. Es wird sowohl der mangelnde bzw. erschwerte Zugang, die mangelnde Aktualität als auch der geringe Informationsgrad der zur Verfügung gestellten Informationen bemängelt.

Der Familienbeirat hält eine stärker koordinierte und offensivere Kommunikation bestehender Angebote für Familien, Arbeitgeber, Verwaltung und Einrichtungsträger für dringend notwendig. Er schlägt vor, ein zentrales, mehrsprachiges Informationsportal einzurichten, das

- ein internetgestütztes Platzvermittlungs- und Informationssystem zur Kinderbetreuung
- eine zentrale Feriendatenbank sowie
- einen Überblick über familienbezogene Leistungen, Angebote und Maßnahmen in der Stadt umfasst.

Um allen Familien einen Zugang zu diesen Informationen zu gewährleisten, schlägt der Beirat vor, flankierend die Bürgerämter in den Bezirken noch stärker zu Lotsen- und Informationsstellen für Familien und in Abstimmung mit den örtlichen Jugendämtern zu kommunalen Familienbüros auszubauen.

Beide Ansätze stellen für Eltern, Unternehmen und Träger einen Informations- und Servicegewinn dar. Für Berlin ist es eine gute Möglichkeit, sich unter Hinweis auf vorhandene Stärken öffentlich als familienfreundliche Stadt zu präsentieren.

4. Datenlage qualifiziert verbessern

Die familienbezogenen Daten sind für Berlin nicht schlechter als in anderen Bundesländern. Zum Teil existieren sogar aussagekräftigere Daten zu den Lebenszusammenhängen der Einwohnerinnen und Einwohner als in anderen Teilen der Republik. Allerdings zeigen sich an den Schnittstellen zwischen Familienleben und Arbeitswelt, also dort, wo der größte Zeitkonflikt für die Betroffenen auftritt, Datenlücken. Um gezielt die Vereinbarkeit zu unterstützen, empfiehlt der Berliner Beirat für Familienfragen nachstehende Daten regelmäßig zu erheben und auszuwerten und insbesondere migrationsspezifische Aspekte zu berücksichtigen:

¹⁶ Vgl. Abschlussbericht des Online-Dialogs Zusammenleben in Berlin unter www.familienbeirat-berlin.de.

- die regionale Auswertbarkeit von bereits vorliegenden Studien zu fördern.
- Erwerbsstatus und Paararbeitszeitdauer für beide Elternteile. Bisher wird nur der Erwerbsstatus für die (meist männliche) Bezugsperson ausgewiesen, entscheidend für die Vereinbarkeit ist aber die Erwerbskonstellation sowie Paararbeitszeitkonstellation beider Elternteile.
- Daten über zu pflegende Angehörige. In Berlin gibt es zwar aussagekräftige Daten über zu Pflegende. Es existieren jedoch keine amtlichen Daten darüber, wie viele und in welchem Ausmaß Berliner/innen an der Betreuung und Pflege von Angehörigen beteiligt sind und in welcher Erwerbssituation sie sich befinden.
- Daten über junge Eltern (unter 25 Jahren) und über Eltern in der beruflichen Ausbildung und im Studium. Die Berücksichtigung und Unterstützung junger Eltern in Ausbildung und Studium, die bereits Kinder haben, ist eine wichtige Aufgabe, um Vereinbarkeitsprobleme im späteren Lebensverlauf dieser Familien zu vermeiden.
- Daten über die spezielle Situation von Familienhaushalten, in denen Eltern oder Kinder mit einer Behinderung leben.
- Regelmäßige und berlinweite Erhebungen über die Zeitstrukturen der Angebote Kindertagesbetreuung. Hier gilt es, die bestehenden Öffnungszeiten der Einrichtungen mit dem Bedarf der Familien abzugleichen und bedarfsgerecht zu gestalten.
- Regelmäßige und berlinweite Erhebungen über Vereinbarkeitsaktivitäten durch Unternehmen und öffentliche Arbeitgeber.